

**Rede
von**

Thordies Hanisch, MdL

zu TOP Nr. 25

Abschließende Beratung

Straftaten und Gemeinnützigkeit schließen sich aus!

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/833

während der Plenarsitzung vom 26.02.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wenn es schon ein bisschen her ist, ich kann mich noch ganz gut an die erste Beratung zu diesem Antrag erinnern. Das war nämlich meine erste Rede hier. Und auch wenn ich im Mai 2018 noch ein sogenannter Frischling gewesen bin, so war mir doch schnell klar, dass Ihre Kernforderung wenig sinnvoll ist, da Vereinigungen, die Straftaten begehen - und ja, auch der Aufruf zu einer Straftat ist eine Straftat an sich -, in Deutschland gemäß dem Grundgesetz ohnehin verboten sind. Das heißt, wir können ihnen zwar die Gemeinnützigkeit zusätzlich noch aberkennen, aber wenn sie schon verboten sind, frage ich mich, wie viel Sinn das dann noch machen würde.

Sie haben Ihren Antrag dann ganz offensichtlich immer noch im Verfahren gelassen, obwohl Sie ihn jederzeit hätten zurückziehen können. Aus meiner Sicht haben Sie das getan, um Landwirten zu suggerieren, sie würden sich kümmern. Und das ist auch der Grund, warum wir solche Anträge, egal, auf welchem Fundament sie stehen, nicht einfach ablehnen können. Sie, meine Damen und Herren von der FDP, würden sonst in der Öffentlichkeit suggerieren, wir würden uns gegen die Landwirte stellen. Sei es drum! Nun stehen wir hier. Wir haben also eine Anhörung gemacht, und die Anhörung war wirklich interessant und erkenntnisreich.

Wir sind alle ein wenig schlauer. Und ich gebe die Hoffnung niemals auf.

Ich hoffe, wir haben alle ein wenig mehr Verständnis für die unterschiedlichen Seiten entwickelt.

Frau Dr. Bothmann vom Bundesverband beamteter Tierärzte hat in der Anhörung darüber aufgeklärt, dass Kontrollen unangemeldet und risikoorientiert stattfinden und es aus ihrer Sicht eine 100-prozentig korrekte Tierhaltung niemals geben wird, da es unter Tierhaltern genauso wie unter Politikern, Tierschutzorganisationen und Amtsveterinären immer auch schwarze Schafe gibt, genau wie es sie in der gesellschaftlichen Normalverteilung auch ist.

Frau Dr. Bothmann hat sich auch getraut, zu sagen, dass sie Filmmaterial niemals ablehnen würde. Ich möchte daran erinnern, dass die Zustände im Tierversuchslabor in Mienenbüttel ohne Tierschutzorganisation wahrscheinlich noch länger angehalten hätten. Herr Ehlers vom Landvolk hat u. a. darauf hingewiesen, dass die Tierschicksale oft auch an menschlichen Schicksalen hängen. Familiäre Situationen und der Druck in der Branche wirken sich auch auf die Tiere aus. Herr Ehlers hat das in dem schönen Appell an die Branche zusammengefasst: Passt ein wenig aufeinander auf!

Nun haben wir also hier unseren Gegenentwurf vorliegen, und ich sage es vorweg: Dieser Antrag enthält Maßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten und ist kein Heilsbringer für die eine oder andere Seite. Aber wir machen hier eben keine Klientelpolitik oder suggerieren Maßnahmen, die nicht durchsetzbar sind.

Wir sprechen uns genauso klar gegen Hausfriedensbruch und Stalleinbrüche wie gegen Tierschutzverstöße aus. Um Sachlichkeit in die Diskussion zu bekommen, setzen wir uns - wie Sie ja mitbekommen haben - dafür ein, dass Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im landwirtschaftlichen Bereich in einer Kriminalstatistik erfasst werden.

Als Hinweis auf Ihre Anmerkung dazu möchte ich einmal betonen: Jede Straftat wird natürlich verfolgt, aber bisher fehlt uns die Aufnahme in eine Kriminalstatistik aus diesem Bereich, damit wir einordnen können, wie viele Fälle es überhaupt gibt und wo sie stattfinden. Damit wir das gezielt einordnen können.

Der Tierschutzplan - das wird in unserem Antrag gefordert - muss tierschutzgerecht weiterentwickelt werden. Das ist auch wichtig, weil - da sind sich hoffentlich alle hier einig - unsere Tierhaltung gesellschaftliche Akzeptanz finden muss, sonst helfen wir nämlich am Ende nicht den Landwirtinnen und Landwirten, sondern bedrohen tierhaltende Betriebe in ihrer Existenz.

Deswegen setzen wir uns auch weiterhin für die Unterstützung von Projekten ein, in denen über Tierhaltung aufgeklärt wird und Transparenz für Bürgerinnen und Bürger entsteht. Ich freue mich sehr über das Projekt „Bürger trifft Bauer“, bei dem das Landvolk auch hier in Hannover - heute Abend in Linden und dann auch noch in Ricklingen und Döhren - Städtern die Gelegenheit bietet, Fragen an Landwirtinnen und Landwirte zu stellen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Letzte Woche fand der Junglandwirtetag in Burgdorf statt, und ein Satz des Vorsitzenden der Junglandwirte Niklas Behrens ist für mich existenziell: Noch nie in der Geschichte haben Politik, Landwirte und Verbraucher so um ihre Beziehung gerungen wie heute. - Ich möchte da ergänzen: Noch nie gab es so viel Misstrauen und Unverständnis zwischen Bevölkerungsgruppen wie heute. Weder Landwirte noch Tierschützer leben ohne Angst. Frau Dr. Bothmann hat von Bedrohungen gegen Amtsveterinäre berichtet, und ich möchte auch an den getöteten Veterinärangestellten in Brandenburg erinnern.

Wir als Politikerinnen und Politiker tragen mehr denn je gesellschaftliche Verantwortung, gegen Hass auf allen Seiten anzukämpfen. Das schaffen wir nicht, indem wir unserer Klientel hinterherrennen und Versprechungen machen, die nicht funktionieren, sich aber gut anhören, oder indem wir Verantwortung einfach zwischen gesellschaftlichen Gruppen hin- und herschieben, wie es uns

passt. Ich nenne einmal das Stichwort „Nitrat und Kanalisation“. Ein solches Vorgehen führt nur zu noch mehr Unverständnis auf allen Seiten. Falls Sie es also noch nicht mitbekommen haben sollten: Die Zeiten haben sich geändert, und wir sind Teil des Problems. Wenn wir hier nur weiter aufeinander eindreschen, dann gehen wir eben gemeinsam unter. Wir brauchen eine neue Politik, mit der wir nicht blind unseren Wählergruppen hinterherrennen, sondern vor allem immer auch vermitteln, erklären und die Grenzen der Möglichkeiten aufzeigen. Das wünsche ich mir für den Rest der Legislatur und zähle auf die Unterstützung aller Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus.

Vielen Dank.